



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 142 (1931)

471 (12.10.1931) Morgenblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-360613](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-360613)

Neue Mannheimer Zeitung

Einzelpreis 10 Pf.

Besatzpreis: Durch Läden frei Haus monatlich RM 3,- in
unseren Geschäftsstellen abgeben RM 2,50, durch die Post RM 3,-
zusätzlich Postgebühren. — Adressen: Mannheimer
Königsplatz 42, Schlegelstraße 17/19, Wetzelsstraße 13,
No. Friedrichstraße 4, Po. Hauptstraße 63, W. Oppauer Straße 4,
No. Kullerstraße 1. — Erscheinungsorte: wöchentlich 17 mal.

Mannheimer General-Anzeiger

Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R L 4-6. — Fernsprecher: Sammelnummer 240 51
Postfach-Konto: Karlstraße Nummer 175 90. — Telegramm-Adresse: Rema zeit Mannheim

Anzeigenpreis:
Kontingente:
für im
besonde-
rungen
Anzeigen
telegraphisch

**HEUTE: DER GROSSE
SPORT**

142. Jahrgang - Nr. 471

Morgen-Ausgabe

Montag, 12. Oktober 1931

Hitlers Kampfansage in Bad Harzburg

Schwerste Vorwürfe gegen die Reichsregierung - Schärfster Kampf gegen Bolschewismus und Marxismus - Die Nationalsozialisten sind entschlossen, den Kampf gegen den Bolschewismus in Deutschland „mit allen Mitteln bis zur letzten Konsequenz“ durchzuführen

Zugung der Rechtsopposition

Telegraphische Meldung

— Bad Harzburg, 11. Okt.

Das Städtchen Harzburg liegt vollkommen im
Schatten der Zugung der Rechtsopposition. Schwarz-
weißrote und Nationalsozialisten, die braunen Uni-
formen der Nationalsozialisten und die grauen des
Städtchens verleiht dem äußeren Bilde dieser
Zugung das Gepräge. Die Beteiligung ist sehr stark
und erstreckt sich außer auf die Nationalsozialisten,
die Deutschnationalen und den
Städtchens auf führende Persönlichkeiten des
Reichslandsbundes und eine Anzahl bekannter
Wirtschaftler, unter denen das rheinisch-west-
fälische Industriegebiet besonders stark vertreten ist.
Von der Reichstagsfraktion der DVP ist dagegen
nur Generaloberst von Seeck anwesend. Dafür
sind aber zwei führende Mitglieder der rheinisch-west-
fälischen Organisation der DVP erschienen, Hütten-
direktor Rühlert, Duisburg, und Gombel,
Lübbecke. Von der Wirtschaftspartei sieht
man den Abg. Schjerveberg.

Das sachliche Ergebnis der gemeinsamen Be-
sprechungen, mit denen die Hauptanredeung
am Sonntag nachmittag vorbereitet wurde,
ist in vier Punkten zu sehen, die die
Fraktionen der Nationalsozialisten und der
Deutschnationalen und außerdem die drei
früheren Abgeordneten der Volkspartei
im Reichstag einbringen werden.

Ihr erster Antrag lautet:

„Der Reichstag entsetzt der Reichs-
regierung das Vertrauen“,
der zweite: „Der Reichspräsident wird ersucht, den
Reichstag auszulösen und Neuwahlen
am Sonntag, 8. November, anzuberaumen.“

Der dritte Antrag bezweckt die Außerkräf-
tigung der Koalitionsverordnungen,
der vierte verlangt, daß die Fällung der
Vollzettelungskontingente an Preußen mit
dem 31. Dezember eingestellt wird.

Diese vier Punkte sind aber von
jeder Gruppe für sich eingebracht; damit
sind ihre organisatorische Selbständigkeit betont.
In allen Erklärungen, die in den einzelnen
Sprechstunden und in der gemeinsamen Konferenz
am Vormittag abgegeben wurden, wurde die Bereit-
schaft zu loserer Zusammenarbeit zur Weiterverfol-
gung der bisherigen gemeinsamen Politik auch im
Reichstage betont, dabei wurde aber gleichzeitig die
Selbständigkeit in der Zielsetzung
unterstrichen. So erklärte Dr. Frick in der natio-
nalsozialistischen Fraktionsführung, er
wolle sehr wohl, daß in der nationalsozialistischen
Bewegung auch gewisse Bedenken gegen die
Darg-
zulegen Zugung vorhanden gewesen seien, aber auch
Rücksicht habe zunächst koalitionsmäßig vorzuziehen
wollen. Im Verlaufe dieser Sitzung erschien auch
Hitler.

Eine Kundgebung Hitlers

Hitler gab in Harzburg vor seiner Fraktion
eine Erklärung ab, wie er sagte, nicht um sie zu
halten, sondern damit die „ganze Welt“
wisse, daß hinter ihr jeder Nationalsozialist stehe.
Der innerepolitische Teil dieser Kundgebung
behielt an neuen sehr scharfen Angriffen
gegen die bisherigen Regierungen, be-
sonders gegen die derzeitige Reichs-
regierung, gegen die der Vorwurf erhoben wird,
daß sie durch das Verlassen einer Pflicht und werte-
vollen Aufklärung über die tatsächliche innere
Lage Deutschlands in erster Linie mitverantwortlich sei an
einer Katastrophe, die heute in zwangsläufiger Aus-
wirkung alle Anmerkungen bedrohe. Die Kund-
gebung bezeichnet weiter als Ziel der National-
sozialisten die Überwindung der inner-
en Krisenlagen. Sie kündigt weiter
den Kampf gegen den Bolschewismus und Marxismus an
scharfsten Kampf an. Die NSDAP sei ent-
schlossen, die Auseinandersetzung zwischen Bolsche-
wismus und Antikommunismus in Deutschland mit
allen Mitteln bis zur letzten Konsequenz
durchzuführen.

In dem außenpolitischen Teil
erklärte Hitler seine Bereitschaft, zur Erklärung
seiner nicht politischen finanziellen Verpflichtung,
die wir als Kaufmann zum Kaufmann auf-
genommen haben. Ein national regiertes und damit

Hitlers Besuch bei Hindenburg

Drahtbericht unseres Berliner Büros
Berlin, 11. Okt.

Der Besuch Hitlers beim Reichspräsidenten hat,
trotz aller offiziellen Zurückhaltung und der Erklä-
rung, es handle sich gewissermaßen nur um eine
formale, nämlich die schließliche Gewährung der
Schon vor Wochen erbetenen Ausfuhrerlaubnis, allge-
mein großes Aufsehen hervorgerufen.
Vorläufig wird noch von allen beteiligten Kreisen
strengster Stillschweigen über den Inhalt der mehr
als einstündigen Unterredung geübt. In dem
Mitteln formlosen und nicht-legenden amtlichen
Kommunikate heißt es, daß Hindenburg einen
„ausführlichen Bericht über die Ziele
der nationalsozialistischen Bewegung“
entgegengenommen habe.

Das wird natürlich zutreffen, deutet doch aber nur
den äußeren Rahmen der Unterredung an, in dem die
eigentlichen politischen Punkte erst noch zu markieren
wären. Wie hat Herr Hitler die Ziele seiner Be-
wegung vor dem Reichspräsidenten dargestellt? Wie
sind die Nationalsozialisten ein formuliertes Partei-
programm der Öffentlichkeit noch nicht vorgelegt.
Haben vielmehr ihre Forderungen nach Ort
und Stunde und nicht zuletzt nach den Schritten, an die
ihre Propaganda jeweils sich wandert, „manövriert“.
Haben sie auch ohne große Strafen bei wechselnden
Situations zu wandeln verstanden. Was Herr
Hitler heute dem Reichspräsidenten erzählt
hat, dürfte somit die erste gewissermaßen
authentische programmatische Formulierung
der nationalsozialistischen
Parteisätze sein. Sie können zu lernen, wäre
gewiß nicht ohne Wert.

Der „Deutsche“, das Organ der christlichen Ge-
werkschaften mit 4. u. 5. „Deutscher Duesen“ erklären
haben, daß Hitler der christlich-germanischen
Schwerindustrie verfeindet habe, gegen Tarif-
vertrag und Gewerkschaften zu sein. Die
andere Frage würde nach dem Verhalten des Reichs-
präsidenten gehen, denn, wie er den Vortrag Hit-
lers aufgenommen und welche Einwände er unter
Umständen vorgebracht hat.

von der übrigen Welt wieder geachtetes Deutschland
sei mehr befähigt, aufrichtige friedliche Beziehungen
zu den anderen Nationen anzuknüpfen, als unter
heutigem von den Sicherheitsdes Bolschewismus
durchschnittlich und am Ende gar vollkommen zer-
störtes Volk.

In der gemeinsamen Fraktionsführung
die gegenwärtig stattfand, traten dann die Vertreter
der beteiligten Richtungen nebeneinander auf. Dr.
Frick betonte den Willen, die Macht auf legalem
Wege zu gewinnen. Seine Ausführungen wurden
durch den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten
Oberführer unterstrichen. — Der frühere

Reichspräsidentenpaar hatte am Vormittag eine beträchtliche Men-
genmenge angelockt. Es fiel auf, daß die Pa-
rtikel die üblichen Abwehrmaßnahmen ziemlich
flüchtig durchführten. Gegen 11 1/2 Uhr kam der
Wagen Hitlers vom Kaiserhof her an und bog in den
Vorarten ein, um an der großen Treppentreppe vor-
anzufahren. Anhänger Hitlers unter den Reichs-
räumen laute Rufe aus, die Hitler, auf den Ein-
tritt des Eingangs zu umwenden mit dem
Hauptknotenpunkt erwiderte. Allgemeine Er-
regung über ein angeblich vom preussischen Innen-
ministerium kommendes Photographiever-
bot aus, das der diensthabende Polizeimajor erst
in allerletzter Minute verstanden.

Die Aufre: Herr Hitler und Deutschland erma-
geln wiederholten sich, als der nationalsozialistische Füh-
rer nach mehr als einer Stunde des Palastes
wieder verließ. Während dieser Zeit fuhr
auch Herr Goebbels, von der manischen
Wacht beherrschte, überall dabei zu sein, in einem
strahlenden langem die Wilhelmstraße entlang,
um gleichfalls seinen Teil von den Ovationen ab-
zubekommen.

Im Laufe des Vormittags fand ein Feldgou-
vernement auf einer Wiese in der Umgebung von
Harzburg und im Anschluß daran ein Vorbereitungs-
haus.

Landvolk-Abgeordnete. Wendhausen
sprach ebenfalls seine Solidarität mit der Oppo-
sition aus. Für die preussischen Landtagsfraktionen
der Rechten verlangten die Abgeordneten von
Winterfeldt und Rube die Ergründung der
Waffen durch ein paralleles Vorgehen in Preußen,
das z. B. durch die Klage gegen die preu-
ssische Koalitionsverordnungen eingeleitet sei.

Die Haltung
der Bayerischen Volkspartei
Berlin, 11. Okt.

Über die Sitzung der Reichstagsfraktion
der Bayerischen Volkspartei, die am
Samstag im Reichstag stattfand, wird parteiamtlich
mitgeteilt:

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volk-
partei hat in ihrer Sitzung am Samstag beschlossen,
Abänderungsanträge von grundsätz-
licher Bedeutung zur Koalitionsverord-
nung zu stellen. Von dem Schicksal dieser Anträge
wird die endgültige Stellungnahme der Reichstags-
fraktion an der Koalitionsverordnung abhängen.
Die formulierten Anträge werden am Montag im
Reichstag vorliegen und der Freie übergeben wer-
den.

Reichstagsminister Dr. Schäfer hat, wie weiter
mitgeteilt wird, seinen Eintritt in die Reichsregie-
rung unter der Voraussetzung erklärt, daß
die grundsätzlichen Belange der Bae-
rischen Volkspartei von der Reichsregierung
gewahrt werden.

Keine allgemeine Fristverlängerung
für Steueramnestie
Drahtbericht unseres Berliner Büros
— Berlin, 11. Okt.

In einer offiziellen Mitteilung wird darauf hin-
gewiesen, daß die Gerichte, wonach die Fristen für
die Steueramnestie und Vermögenserklärung all-
gemein bis zum 15. November d. J. verlängert
würden, jeder Grundlage entbehren. Es ist nicht
bestimmend, die Frist über den 15. Oktober 1931
hinaus zu verlängern. Dagegen hat die Reichs-
behördenamtlich angeordnet, daß bei Zeichnung auf
die Amnestiefrist die erste Rate nicht am Zeich-
nungstag, sondern erst am 5. Januar 1932 entrichtet
zu werden braucht.

Keine Politik der Grünen Front
Telegraphische Meldung
— Berlin, 10. Okt.

Von der Grünen Front wird offiziell mitgeteilt:
Die Meldungen über Stellungnahme der Grünen
Front zum angeblichen Reichskabinett sind völlig
unzutreffend. Die Grüne Front war sich in ihren
Verhandlungen vom 9. Oktober zwar darüber einig, daß
ihre ersten und fortgeführten Bemühungen um einen
Schluss der bürgerlichen Veredelungswirtschaft nicht
die Unterstützung der Reichsregierung gelunden
hätten, daß es daher nötig sei, den Kampf um die
Rettung des deutschen Vaterlands mit allem Nach-
druck fortzusetzen. Da aber die Grüne Front einen
keinen selbstständigen Charakter hat,
und auf keinen Fall eine entscheidende Gewalt liegt,
hat sie zu der Frage des Vertrauens zu einem un-
geschickten Kabinett Brünning in keiner Weise Stellung
genommen.

Severing zur politischen Lage

Telegraphische Meldung

— Dortmund, 11. Okt.

In einer heute vormittag hier abgehaltenen
überfüllten Parteiverammlung der SPD ergriff
auch Innenminister Severing das Wort, um
sich mit der Kundgebung der rechtsstehenden Oppo-
sitionellen in Harzburg zu befassen. Er erklärte,
die Pläne dieser Opposition ließen sich an den Na-
men der beteiligten Führer erkennen. Sie bedeu-
eten Zerstückelung des Reichs, 20-
prozentige Lohnkürzung und Zusammen-
schluß gegen den Widerstand der Arbeiterklasse.
Diesem müsse ein geschlossenes Volk einigere Repu-
blikaner entgegengetreten werden.

In seinen weiteren Ausführungen wandte sich der
Innenminister der jetzt erfolgten Regierungsa-
mbildung zu und sagte, daß Umbildungen in
der Reichsregierung immer von Nutzen seien, weil sie
alles ist die Stabilität der Reichsregierung gefähr-
den. Er wandte sich dann gegen die Behauptung,
als ob die neue Zusammensetzung des Kabinetts
einen Rück nach rechts bedeute, was die Aus-
lassungen Dingeldeys und die Stellung der Wirt-
schaftspartei widerlegt haben. Ein wirklicher Rück-
nach rechts, d. h. ein Eintritt der Deutschnationalen
und Nationalsozialisten in die Regierung, würde die
Dinge nicht bessern, sondern im Gegenteil die
Kreditkrisis rapid verschärfen. Folgt und
Reichswehr in der Hand der Nationalsozialisten
bedeute Aufrichtung eines feindschaftlichen Regimes.

Was die Politik bedeute, werde vielleicht in diesem
Winter recht häufig der Öffentlichkeit demonstriert
werden müssen. Allein Finanz- und Wirtschafts-
fragen seien für nicht mit dem Kommuniqué, son-
dern nur durch Interviews lösen.

Abschließend beschäftigte sich Severing mit den
Abspaltungen von der SPD. Er, wie er erklärte,
das Werk des Weltvertrages hemmen. Der die-
ses Werk zu fördern wünsche, der bleibe so wie er
auf seinem Posten.

Keine Politik der Grünen Front
Telegraphische Meldung
— Berlin, 10. Okt.

Von der Grünen Front wird offiziell mitgeteilt:
Die Meldungen über Stellungnahme der Grünen
Front zum angeblichen Reichskabinett sind völlig
unzutreffend. Die Grüne Front war sich in ihren
Verhandlungen vom 9. Oktober zwar darüber einig, daß
ihre ersten und fortgeführten Bemühungen um einen
Schluss der bürgerlichen Veredelungswirtschaft nicht
die Unterstützung der Reichsregierung gelunden
hätten, daß es daher nötig sei, den Kampf um die
Rettung des deutschen Vaterlands mit allem Nach-
druck fortzusetzen. Da aber die Grüne Front einen
keinen selbstständigen Charakter hat,
und auf keinen Fall eine entscheidende Gewalt liegt,
hat sie zu der Frage des Vertrauens zu einem un-
geschickten Kabinett Brünning in keiner Weise Stellung
genommen.

Die Abgabe der Volkspartei an Brüning

Drahtbericht unseres Berliner Büros
— Berlin, 11. Okt.

Der Pressechef der Deutschen Volkspartei
teilt mit: Auf Grund der sehr einmütigen
Beratungen in denen das Bewusstsein von der Be-
deutung und Tragweite der zu treffenden Entsch-
lung allseitig hervortrat, fassten Parteivor-
stand und Reichsausschuss übereinstimmend
mit harter Mehrheit folgenden Beschlus:
Partei Vorstand und Reichsausschuss der
Deutschen Volkspartei billigen die Erklärungen,
die der Parteiführer gegenüber dem Herrn
Reichskanzler abgegeben hat.

Diese Erklärungen gehen, wie der Pressechef
bekannt ist, dahin, daß die Deutsche Volkspartei ein
neues Reichskabinett auf der Grundlage der frü-
heren Regierung nicht unterstützen könne.

In diesem parteiamtlichen Bericht hören wir noch
folgendes: Der Parteivorstand hat den erwähnten
Beschlus mit einer Mehrheit gegen drei
Stimmen gefasst. Der heutige Beschlus des
vereinigten Parteivorstandes und des Reichsaus-
schusses wurde mit Mehrheit gegen neun
Stimmen gefasst. In der heutigen Sitzung ließen
die Gegenkräfte ziemlich heftig aufeinander. Der
gefasste Beschlus soll betonen, daß die DVP, das neue
Kabinett nicht nur nicht unterstützen könne,
sondern daß Parteivorstand und Reichs-
ausschuss die Erwartung ausdrücken,
die Fraktion werde bei den ent-
sprechenden Abstimmungen ihre Stimme
gegen das neue Kabinett Brünning ab-
geben. Ein solcher Beschlus der Fraktion könnte
jedoch nach Lage der Dinge nur gegen eine Min-
derheit gefasst werden. Diese Minorität wird alles
in allem auf etwa ein Drittel der Fraktion
geschätzt.

Die Fraktion schloß sich in der neunten Abend-
sitzung durch Mehrheitsbeschlus den Beschlüssen des
Partei Vorstandes und des Reichsausschusses an.

Wie ergänzend noch berichtet wird, ist es in der
Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei
zu einem heftigen Konflikt zwischen dem die
Minorität vertretenden preussischen Landtagsabge-
ordneten und der Mehrheit wegen der Frage der
Unterstützung oder Nichtunterstützung
des Kabinetts Brünning gekommen. Die Auseinander-
setzungen hatten zur Folge, daß Abgeordnete von
Gruen den Austritt aus der Deutschen Volkspartei
erklärte und gleichzeitig mitteilte, daß er auch
sein Landtagsmandat niederlegen werde. z. Gruen
ist auch Abgeordneter des Preussischen Landtages.

Die Haltung der Bayerischen Volkspartei

Berlin, 11. Okt.

Über die Sitzung der Reichstagsfraktion
der Bayerischen Volkspartei, die am
Samstag im Reichstag stattfand, wird parteiamtlich
mitgeteilt:

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volk-
partei hat in ihrer Sitzung am Samstag beschlossen,
Abänderungsanträge von grundsätz-
licher Bedeutung zur Koalitionsverord-
nung zu stellen. Von dem Schicksal dieser Anträge
wird die endgültige Stellungnahme der Reichstags-
fraktion an der Koalitionsverordnung abhängen.
Die formulierten Anträge werden am Montag im
Reichstag vorliegen und der Freie übergeben wer-
den.

Reichstagsminister Dr. Schäfer hat, wie weiter
mitgeteilt wird, seinen Eintritt in die Reichsregie-
rung unter der Voraussetzung erklärt, daß
die grundsätzlichen Belange der Bae-
rischen Volkspartei von der Reichsregierung
gewahrt werden.

Keine allgemeine Fristverlängerung für Steueramnestie

Drahtbericht unseres Berliner Büros

— Berlin, 11. Okt.

In einer offiziellen Mitteilung wird darauf hin-
gewiesen, daß die Gerichte, wonach die Fristen für
die Steueramnestie und Vermögenserklärung all-
gemein bis zum 15. November d. J. verlängert
würden, jeder Grundlage entbehren. Es ist nicht
bestimmend, die Frist über den 15. Oktober 1931
hinaus zu verlängern. Dagegen hat die Reichs-
behördenamtlich angeordnet, daß bei Zeichnung auf
die Amnestiefrist die erste Rate nicht am Zeich-
nungstag, sondern erst am 5. Januar 1932 entrichtet
zu werden braucht.

Kritischer Ueberblick über die innerpolitische Krise

Drahtbericht unseres Berliner Botschafters
Berlin, 11. Okt.

Niemand vermag zu sagen, wie Brünings Kampf mit der Opposition ausgehen wird. Es läßt sich aber nicht bezweifeln, daß sich die Chancen der neuen Regierung in letzter Stunde zuweilen verschlechtert haben. Der Wähler der Deutschen Volkspartei in das Lager der nationalen Opposition muß nach den Vorgängen am Samstag als vollendete Tatsache betrachtet werden; wenn es Herrn Brüning nicht gelingt, die Beschlüsse der Reichstagsfraktion zu ändern, dann ein Drittel der Reichstagsfraktion nicht auch weiter zur Unterstützung des Reichspräsidenten Brüning. Wenn oder wenn die Abgeordneten werden sich also je nach den tatsächlichen Beschlüssen, die noch gefaßt werden sollen, bei der Abstimmung über einen Mißtrauensantrag der nationalen Opposition der Stimme enthalten oder der Unterstützung fern bleiben.

Auch die Wirtschaftspartei übertrug sich zum überwiegenden Teil auf die Seite der Gegner Brüning's. Schloß sie sich an, und bei den übrigen mittelpolitischen Gruppen ist gleichfalls mit Abflüßigkeiten zu rechnen.

Auch in der Stadt der Sozialdemokratie scheint der Kampf der zwei Seiten noch nicht völlig entschieden zu sein.

Im Besonderen auf dem ersten Blatt vertritt der „Vormärz“ die alte These, daß eine Sitzung des zweiten Reichstages Brüning immer noch das kleinere Übel im Vergleich zu dem sonst drohenden „Röhmismus“ sei. Auf der dritten Seite aber wird einer Zuhilfenahme gegeben, die auf das Bestehen der Regierung verweist, nachdem sie ohne Mißtrauensantrag mit ihnen zurückgetreten sei und zwar auf Druck des Reichspräsidenten, der einen Minister ohne Rücksicht darauf empfangen habe, daß die nationalsozialistische Fraktion der von ihm beherrschten Regierung das Mißtrauen ausgesprochen wolle. Im übrigen ist die sozialdemokratische Hauptorgane über die unentschiedene Lage der Dinge, in der es gilt und droht. Aber ist es bei der Sozialdemokratie anders?

Rein Zweifel: Die oben nicht sehr noble Plattform, auf der die neue Regierung plant, ist bestimmt in einem, bröckelt bedenklich ab. Die „Kommunisten“, das Komplexorgan, bemüht sich jedoch, eine unversagliche Waffe zur Hand zu bringen und hofft auf eine „Klein-, aber sichere Mehrheit“. Ihr wichtigstes Sammelblatt, die „Kommunistische Weltzeitung“, treibt es weniger unversichtlich und erklärt ganz offen, daß die Möglichkeit, daß Brüning das Regiment werde an die Rechte abtreten müssen. Für diesen Fall wird angedeutet, daß das Zentrum eine Art Stillhaltekonkordatium beschließen wolle, das sich eine Kritik vorbehalte, aber die Maßnahmen der Regierung nicht blockieren würde.

Frage ist nur, ob die „nationale Opposition“ wirklich so sehr konsolidiert ist, wie die Parteipresse Tag und Nacht behaupten demonstriert. Daß es namentlich Hugensberg's sozialistischem Organisationsgeist gelungen ist, all die in ihren Zielen, Hoffnungen und Forderungen doch doch unterschiedlichen Elemente der Bewegung überhaupt einmal in ein Bünden zu leiten, ist ein Erfolg, den zu bezweifeln töricht wäre. Aber wird diese im Grunde doch sehr losgelagerte Front den ersten gemeinsamen Sturmangriff überdauern? Hugensberg hat selbst von den großen Schwierigkeiten gesprochen, die zu überwinden waren, ehe die Parteipresse die gleiche Linie fassen. Von dem Vorsitzenden der deutschen nationalen Reichstagsfraktion, Herrn Oberdorfer, ist verstanden worden, daß von Bad Dürkheim die Anerkennung des Deutschen Reiches kommen werde. Und scheint die Zeit für solche Deklamationen vorüber zu sein. Gelingt es der nationalen Opposition, ihr Ziel zu erreichen und Brüning zu stürzen, so wird sich ihren Führern ja vielleicht die Gelegenheit bieten, die Handmännchen

Talentprobe anzulegen, auf die sie angelegt zu erwarten sind.

Wichtig. Denn welche politischen Folgen werden sich aus einer Niederlage Brüning's im Reichstag ergeben würden, läßt sich noch gar nicht überblicken. Es könnte ja nach den Bestimmungen, über die Brüning verfügt, zur Auflösung mit oder ohne Neuwahlen, zur Diktatur, könnte aber auch zu einer Reichsregierung unter der Kontrolle Hugensberg's und Hitler's kommen.

Wie diese Möglichkeiten bleiben bis zum Tag der Entscheidung offen. Man hat den Eindruck, daß in den einschlägigen Kreisen der Reichsopposition man dem Augenblick, da das Schicksal der Weimarer Republik stehen könnte, doch nicht ohne gewisse Bestimmungen entgegensteht. Davon zeigt die Mahnung der Berliner Arbeiter-Zeitung, die Kammer und Trampeter jetzt zurücktreten zu lassen und ein „Programm der entscheidenden Ziele“ zu formulieren.

Wachsende Arbeitslosigkeit in allen Ländern

Telegraphische Meldung

Genf, 11. Okt.

Das Internationale Arbeitsamt veröffentlicht eine Mitteilung über den Stand der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Ländern, aus der hervorgeht,

Ultimative Note Chinas an Japan

Sehr scharfe Verschärfung des japanisch-chinesischen Konflikts

Telegraphische Meldung

Genf, 11. Okt.

Dem Völkerbundsekretariat wurde am Samstag nachmittag eine neue Note der chinesischen Regierung mitgeteilt, die beweist, daß der Konflikt in der Mandchurie sich immer mehr zuspitzt. Die Note enthält Forderungen der chinesischen Regierung an die japanische Regierung, die Beträge des Quartals eines Ultimatums haben. Die chinesische Regierung erklärt in ihrer Note, daß sie am 6. Oktober der japanischen Regierung Vertreter für die Übernahme der Verantwortlichkeiten, die gemäß dem Beschluß des Völkerbundesrates vom 24. September gerichtet werden sollten, benannt und die japanische Regierung gebeten habe, den militärischen Verpflichtungen in der Mandchurie entsprechende Anweisungen zu geben. Die japanische Regierung habe der chinesischen Regierung bis jetzt hierzu keine Antwort erteilt. Die chinesische Regierung habe daraufhin am 6. Oktober ihren Gesandten in Tokio beauftragt, der japanischen Regierung folgende Forderungen zu unterbreiten:

1. daß die japanische Regierung sofort mitteilt, welche Orte im Laufe der Woche zurückgegeben sein werden.
2. daß noch im Laufe des Tages Tokio telegraphische Anweisungen an die militärischen Befehlshaber gik, damit China sofort die Gebiete wieder übernehmen könne.

Die chinesische Regierung teilt im übrigen mit, daß sie von dem Inhalt ihrer Forderungen die sämtlichen Ratmitglieder und die Regierung der Vereinigten Staaten verständigt habe.

In Völkerbundkreisen hat die neue chinesische Note großen Eindruck gemacht. Der Vertreter der Vereinigten Staaten in Genf, W. Herbert, hatte im Laufe des Tages verschiedene Besprechungen im Völkerbundsekretariat, die offenbar auch dem japanisch-japanischen Konflikt gelten.

daß in den europäischen und in den überseeischen Ländern die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahre überall erheblich zugenommen hat. Von der Seite der Deutschen, daß die meisten Arbeitslosen zählt.

Aus der Aufzählung ergibt sich, daß Länder, die in der gleichen Zeit des Vorjahres von der Krise kaum betroffen geblieben waren, wie z. B. Frankreich, inzwischen auch bedeutend mehr Arbeitslose haben. Während sonst allgemein erst im September die Arbeitsmarktlage sich zu verbessern beginnt, wird für dieses Jahr festgestellt, daß bereits im Juli die augustinische Entwicklung eingeleitet hat. Das Internationale Arbeitsamt erklärt, daß man sich auf einen besonders starken Winter in Bezug auf die Arbeitslosigkeit gefaßt machen muß, wenn nicht in aller Eile eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einleitet.

Regierungskontrolle über die Banken von Guatemala

Guatemala, 11. Okt.

Das Guatemaladirektorium betont in einer Mitteilung die Zahlungslosigkeit der Banken und versucht jeden Plan eines Nationalbankens. Außerdem wird die Schaffung einer Bankengruppe angekündigt, die in enger Fühlungnahme mit der Regierung die finanziellen Bedürfnisse des Landes erledigen soll. Der Regierung wird eine Kontrolle über die Banken eingeräumt werden.

Japan lehnt das Eingreifen des Völkerbundes ab

Telegraphische Meldung

Tokio, 11. Okt. (Reuters.)

Japan lehnt das Eingreifen des Völkerbundes ab, weil es der Meinung ist, der Völkerbund habe keine genügende Kenntnisse über die tatsächlichen Zusammenhänge der mandchurischen Frage. Aufgefordert, die japanische Regierung ab und für in der Frage der Befreiung der japanischen Forderungen über ein, sind aber hinsichtlich der Methoden verschiedener Ansätze. Der Regierung ist die Befreiung Mandchus sehr unangenehm geworden. Die japanische Militärbehörde erklärt, sie würden eine Wiedereinleitung Tschanghuakung nicht zulassen.

Eingreifen Amerikas?

Telegraphische Meldung

Washington, 11. Okt.

Die Regierung der Vereinigten Staaten beschäftigt in der mandchurischen Frage einen Schritt zu unternehmen, sobald sie sich davon überzeugt haben wird, daß die von Japan und China gegenüber dem Völkerbunde eingegangenen Verpflichtungen nicht eingehalten worden sind.

Landungsfahrt des „Graf Zeppelin“ nach Mexiko

Friedrichshafen, 11. Okt.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist bei prächtigem Wetter heute morgen kurz nach 7 Uhr mit 20 Passagieren zu einer Landungsfahrt nach Mexiko aufgebrochen. Die Landung in Mexiko erfolgte gegen mittag. Die Wiederankunft in Friedrichshafen kurz nach 4 Uhr.

Die Sanierung der Schröder-Bank

Bremen, 11. Okt.

Die die Leitung der Schröder-Bank mittel, ist in den Sanierungsverhandlungen mit den in- und ausländischen Gläubigern nunmehr eine volle Einigung erzielt worden. Es darf daher schon in der nächsten Woche mit dem formellen Abschluß dieser Verhandlungen gerechnet werden. Nähere Einzelheiten über die Rekonstruktion der Bank können erst dann von der Bankleitung mitgeteilt werden; jetzt wird aber bereits erklärt, daß die Umwandlung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft noch in diesem Monat erfolgen soll.

Finland hält an der Goldwährung fest

Helsingfors, 11. Okt. Prof. Neovius,

der dem Vorstand des Bankauschusses des Reichstages angehört, demontierte die Meinung finnischer Politiker, monoch die Goldwährung keine anzunehmen werden würde und erklärte, die Bank von Finland werde bis zur Eröffnung der letzten Wahlkämpfe an der Goldwährung festhalten.

Großer Sprengstofffund im Wald

Meldung des Polizeibüros

Posdam, 11. Okt.

Polizisten fanden im Walde bei Kaputh ein Sprengstoffpaket, das sieben Pfund Nitro enthält. Die Polizei ist zurzeit angestrengt bemüht, die Herkunft des gefährlichen Sprengstoffes zu ermitteln.

Wie erinnerlich, ist der Ort Kaputh bei Potsdam im Zusammenhang mit den ersten Ermittlungen im Fährstörer Eisenbahnattentat bereits erwähnt worden.

Ein ergänzendes Telegramm meldet noch folgende Einzelheiten:

Ein Kaufmann aus Potsdam, der gegen Abend in Japan 100 des Geldes an der Grenze Kaputh-Mischdorf, etwa 14 Kilometer von Kaputh entfernt, nach Pilsen suchte, fand in einem Geschäft einen Sack, den er öffnete. Er entdeckte in Zeitungspapier gewickelt, 10 Stöße von je 10 Zentimeter Länge und 24 Zentimeter Durchmesser. Da ihm der Fund verdächtig erschien, nahm er zwei Stöße mit nach Potsdam und benachrichtigte hier die Kriminalpolizei. Ein Kriminalkommissar erkannte sofort, daß es sich um den gefährlichen Sprengstoff Nitrointra handelte. Er begab sich nach der beschriebenen Stelle, beschlagnahmte den Sack mit Inhalt im Gewicht von etwa sieben Pfund und brachte ihn in einen feuerfesten Raum der Potsdamer Schutzpolizei unter. Das Zeitungspapier, in das die Nitrointra verpackt war, ist eine Nummer 8 vom 1. 1. 1922 des Parteiblattes „Der Volkswille“, das feinerzeit von der NSDAP für die Mark-Brandenburg herausgegeben wurde, aber schon lange nicht mehr erscheint. Wie dieser gefährliche Sprengstoff in den Wald, der zur Oberförsterei Mischdorf gehört, gelangt ist, darüber noch der Kufführung.

Auf der Suche nach den Verbrechern von Via Torbagn

Telegraphische Meldung

Wien, 10. Okt.

Auf eine Anzeige der Bundespolizei Oberbühnenkommandant verholte die Wiener Polizei heute den in Wien wohnenden ungarischen Kaufmann Nataschi, da er im Verdacht steht, den Eisenbahnanschlag bei Via Torbagn verübt zu haben. Es konnte festgestellt werden, daß Nataschi von einer Zeit 10 Kilogramm Nitro und Sprengstoff in Besitz hatte. Der Verdacht, der die Tat begangen, läßt an, daß er die Sprengstoffmaterialien zum Umlegen eines Schranken seiner Fabrik angekauft und später weggeworfen habe.

Mannheimer Nationaltheater

„Das Spielzeug Ihrer Majestät“

Der künstlerische Wert, dem Oper und Schauspiel in dieser Spielzeit schon so manchen zu verdanken haben, ist namentlich auch der Operette zugute gekommen. Es war nicht nur die geschmackvolle äußere Ausstattung und das nette und bewährte Spiel. Einer von den sprichwörtlichen künstlerischen Feinheiten glücken auch in dieser neuen Operette von Josef Röntgenberger, daß man bisweilen glaubt, sie würde Klammern jagen. Bedauerlich bleibt nur, daß die Operette selbst außerordentlich einfach ist und in manchem bedenklich die Grenzen des guten Geschmacks streift. (Schluß des 2. Aktes.)

Das Wiederleben der Jaris Ellendell von Russland ist ein unerwarteter Stoff für Operetten. Die Verfasser, die hieraus aus einer anderen Quelle schöpften, haben es sich nicht unbedingt schwer gemacht, nach demselben Muster Berliner Fassung eine dreifache Operette zusammenzustellen, die einen gewissen Erfolg verspricht, obwohl die Intrigue äußerst mangelhaft erscheint und die Verwickelung, auf der operettenmäßig sich abspielend „Konflikte“ aufbauen, kaum glanzvoll erscheint. Das Wertvolle ist schließlich auch die Wahl von Josef Röntgenberger, der offensichtlich auf den Fall der Jaris Oper hinreißt, aber durch die Spielweise des Ensembles mehr, als ihm offensichtlich lieb ist, in die Wiederungen der Folge und neuer Beziehungen wird.

Mit richtigem Gefühl hat Alfred Paudorn wieder das eine nach dem anderen hinterlassen, sondern den Versuch unternommen, so etwas wie eine Art Mittellinie zwischen allem durchzuführen. Doch ihm dies ausgerechnet gelangen ist, beweist der Erfolg der ersten Aufführung. Eduard Raffler hat wieder einige Bühnenbilder beigezeichnet, bei denen man immer noch neuem den erfindungsreichen Obstand unserer Bühnen kennenlernt. Karl Risch am Puls brachte Schmitz und Schwann in die Musik. Das Ensemble ist bis in den letzten Akt um die Erfolgsgelüste nicht zurück. Das

man die Kernkräfte der Gestaltung durch einige politische und lokale Aktualitäten bereichert — sogar die neue bühnenmäßige Anordnung erweist sich mit Wortspielen auf die Kunst der Bühnen auf dem Plan —, gerade dem Gesamtindruck zum Vorteil. Sophie Karz fand für Spiel und Ton der Jaris die rechten Momente. Ellen Uhlir erwies sich als eine ausdauernde und übermüdete Darsstellerin und Helmut Kreuzbauer und Walter Joss bestritten die für das Gespielt benötigte Nische in Worten und Schwingen auf das Beste. Das größte Element vertrat Hugo Pöschel und Walter Friedmann mit jener Vernünftigkeit, die man an ihnen zu schätzen weiß. Was sonst noch in kleinen Rollen mitwirkte, folgte der Zeitlinie, die Vandora voranzutreiben sollte. Auch das bisweilen hart übertriebene Beste fand in diesem Gesamtprogramm Platz.

Unterhaltlicher als die Operette war interessanterweise das, was zwischen den Akten geschah. Ein ganz außerordentliches Ereignis: Jagdrevue, Solosätze und Nationaltheater-Gesänge in allen Gattungen der modernen Langform vorgeführt. Es war nicht nur die schillernde Musik zum Erlebnis, die erweckte, auch die künstlerischen Leistungen, insbesondere der Solisten Gerda Dammertmann, Julia Dittler, Hans Daxler und Andrei Jeschil letzten Sonntag davon ab, mit welchem Eifer und künstlerischem Verstand dieser Teil der Theaterkunst bei uns gepflegt wird. Eine Überraschung waren die von Gertraud Steinweg selbst gesungenen Gesänge, von denen wir im Laufe des Abends vollständig noch manches Neue und Häßliche gemerkt haben. Das schließlich ein Original-Gesellschafts-Operette erwähnt, ist zur Vollständigkeit der Berichterstattung erwähnt.

Das vollständige Ensemble entzog sich nicht den Anregungen und Anreizen, die von der Bühne auf die Zuschauer und Zuschauer durchdringend herüberstrahlten. Es gab unübertreffliche Wiederholungen der Szenen und zahlreiche Verhänge.

Schöpferische Kopien

Neue Ausstellungen in der Kunsthalle

Über Kunst hat die Mannheimer Kunsthalle in eine Pinakothek verwandelt. An den Wänden hängen Bilder mit erlesenen Namen der Kunstgeschichte: Cranach, Grünewald, Hans Baldung Grien, Rembrandt, Rubens, Titian, Veronese, ... Es sind jedoch nicht die ursprünglichen Werke dieser Künstler, sondern ihre Nachbildungen, die man mit einem mißverständlichen Wort Kopien nennt.

Kopieren; das kann dieses landesübliche Nachahmen sein. (Künftig sollte man die fälschliche Kunst überhaupt auf, als ein Nachahmen der Natur; damit sprach er die das Eigenständige ab.) Aber Kopieren kann auch heißen: künstlerisch etwas Gehaltvolles nachzuahmen; ein wichtiger Vorgang, in dem sich Eigenes und Neues oft tiefstem Maße.

Die neue Ausstellung der Kunsthalle trägt den Titel „Schöpferische Kopien“. Dreizehn von ihnen, so hat man die Umschreibung der Bild-Beschreibung: Kopiertes Schöpferische; es ist künstlerisch und rechtlich ein Neuland, weil es über das Eigene hinausgeht. Dagegen heißt „Schöpferische Kopie“ Bekanntes zum Eigenen. So tritt zu den großen Namen der Vorbilder der jeweiligen Kunst der Nachbildner. Dabei können sich bedeutende Vorgehensweisen zeigen, so wenn David Corral und Max Liebermann Werke von Hans Baldung kopieren, d. h. sich damit auseinandersetzen. Oder sagt sich am weitesten Schöpferische Schöpferische. — In einem Fall erscheint das Original durch die Nachbildung sogar noch erhöht, in der Mitternacht des französischen Romantikers Veronese. Auch in Gedankens- und formaler Kopieren-Verhänge führt die Nachbildung; für heute sei nur Eduard von Demme genannt, der auf seine Art in Wiederholungen aller Weisen deren Schöpfertat lebendig macht.

Die überaus verdienstliche Schau wurde gestern morgen durch den Direktor der Kunsthalle, Dr.

Carlson, eröffnet. In ausführlichen Einführungsreden umriss er Sinn und Zweck der Ausstellung, der eine weitere Schau, besonders von großartigen Werken folgen soll: „Wie der Künstler die Kunst sieht.“

Die zahlreich erschienenen geladenen Gäste bewiesen durch die Art ihres Interesses, daß der Gedanke der Ausstellung weitreichend und ihre Durchführung in jeder Weise gelungen war. In Betreff der die Bildwerke der Originale zu sehen, auf die die kopierten Werke zurückgehen. Die Ausstellung zeigt zum ausdauerndsten Einsehen auf ihre Einzelheiten sehr hart an; darin soll ihr auch in dieser Stelle noch entgegen werden.

Die Gründung eines internationalen Theaters in Bern. Die und Bern berichtet wird, vertritt der Leiter des Schweizerischen Bundestheaters, Direktor Karl Suter-Praxon, jetzt ein internationales Theater zu schaffen. In der kommenden Saison sollen wesentlich einmal ausländische Gesellschaften Vorstellungen geben. Und zwar werden die Berliner Truppen Gelas Karrents und Grand-Organo gastieren, ferner kommen The English Players, eine italienische Opern-Compagnie und ein russisches Ensemble nach Bern, dessen eigenes Opern-Ensemble je eine französische und italienische Oper in Originalsprache vorbereitet.

Das Berliner Wochen-Theater geschlossen. Das vor kurzer Zeit erst zur Verfügung gelangte erste künzliche Wochen-Theater Deutschlands in Berlin hat den demzufolge Erwartungen entsprechend entsprechen können und hat bereits auch wieder die Vorstellungen eingestellt. Obwohl schon ein einigermassen Erfolg zu erzielen, die Einrichtungsarbeiten worden waren, war der Mißerfolg des ersten Wochen-Theaters doch zu ersichtlich, daß an eine Weiterentwicklung nicht zu denken war. Der Grund des künftigen Scheiterns des Wochen-Theaters ist nicht so sehr auf ein mangelndes Interesse an den Vorstellungen zurückzuführen, als vielmehr auf einer mangelhaften Einseitigkeit der Programmführung.

